

WAS DARF DIE MARKTWIRTSCHAFT?

Der Finanzwelt war Fairness fremd

THOMAS KESSELRING

Diego Maradona, die argentinische Fussball-Ikone, schoss einst mit der Hand ein irreguläres Tor, das der Schiedsrichter gelten liess. Maradona prägte daraufhin das geflügelte Wort von der «Hand Gottes», die den Ball ins Tor gelenkt habe. Ganz anders die Geschichte des deutschen Radsportlers Jan Ullrich: Bei einer Tour de France befand er sich Kopf an Kopf mit dem Amerikaner Lance Armstrong. Als dieser wegen eines Zuschauers stürzte, hielt Ullrich an und wartete, bis der Amerikaner aufgeholt hatte. Ullrich verlor allerdings das Rennen.

In einem Gespräch, das Lehrstudenten kürzlich mit einer Gruppe von Berner Siebtklässlern über Fairness führten, formulierten diese Appelle wie «nicht foulern», «Respekt vor der anderen Mannschaft», «kein Doping», «niemand erniedrigen» und «der Schiedsrichter ist Gott». Zugleich aber äuserten sie Sympathie für Maradona und Unverständnis für Ullrich. Wie passt das zusammen?

Wettbewerb und Wettkämpfe sind offenbar heikle Gebiete für die Ethik. Es gibt eine Form von Rücksichtnahme, die den Wettbewerb stören, ja zerstören kann. Eine der ethischen Grundregeln, die sogenannte goldene Regel – «was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem anderen zu!» – versagt im Wettbewerb. Wenn Roger Federer beim Tennis match gezielt ungeschickt spielte, damit sein Gegenspieler gewänne, so wäre dies höchst eigenartig. Im Wettbewerb kommt es darauf an, dass jeder sein Bestes gibt. Bremsen bei einem Abfahrtsrennen die meisten Fahrer über Gebühr, um die Siegchancen der anderen zu erhöhen, so hebeln sie damit den Wettbewerb als solchen aus.

Ist Rücksichtnahme im Wettbewerb also kontraproduktiv? Nein, natürlich nicht: Zu jedem zivilisierten Wettbewerb gibt es Spielregeln, und Fairness ist ein Gebot, das für alle Spieler gilt. Wer foul, kriegt die gelbe Karte gezeigt, wer nachweislich gedopt hat, scheidet als Betrüger aus dem Spiel. Das wussten die Siebtklässler, doch hielten sie Fairness in jenen Fällen für zweitrangig, in denen sonst der Sieg gefährdet ist. Im Zweifelsfall müsse man eben foulern, und zwar am besten so, dass der Schiedsrichter es nicht merke...

Wie im Sport, ist der Wettbewerb auch in der Marktwirtschaft ein zentrales Element. Spielregeln gibt es hier ebenfalls, und sie müssen dem Markt von aussen auferlegt werden. Das Kartellverbot zum Beispiel. Kartelle und Monopole zerstören den

Praktiken, die man früher als anstössig empfunden hätte, sind enttabuisiert.

Markt. Ein vollständig unregulierter Markt würde sich deswegen selber aufheben. Auch Fairness spielt in der Marktwirtschaft eine gewisse Rolle. Die Teilnahme an Fair Trade etwa gilt als Auszeichnung.

Was man im Geschäftswesen unter Fairness versteht, hat sich im Laufe der Zeit allerdings gewandelt. Im 18. Jahrhundert war es verpönt, der Konkurrenz Kunden abzujagen. Noch im frühen 19. Jahrhundert galten Geschäftsreklamen als unschicklich – vor allem, wenn man darauf hinwies, dass man die Preise der Konkurrenz unterbot. Das änderte sich, als im unternehmerischen Denken das Motiv der Gewinnmaximierung an Bedeutung gewann. Vor 150 Jahren schrieb der Firmengründer Werner Siemens an

Die Marktwirtschaft setzt Regeln voraus, die ihr von aussen vorgegeben werden müssen. Die Finanzkrise ist auch eine Folge davon, dass die Politik diese Aufgabe nicht genügend wahrgenommen hat. Und die Reaktionen zeigen, dass die Lektion noch zu lernen ist.



Für die Finanzwelt wie für Maradona (links, im WM-Viertelfinal gegen England 1986): **Gewinn von Gottes Hand?**

KEYSTONE

seinen Bruder: «Sei immer streng und rücksichtslos. Das ist in einem so grossen Geschäft nötig.»

Das 20. Jahrhundert brachte weitere Veränderungen: Die Politik ordnete sich zunehmend den Bedürfnissen der Wirtschaft unter. Mit der globalen Durchdringung der Finanzmärkte in jüngster Zeit wurde die Orientierung an Fairness noch weiter unterhöhlt. Praktiken, die man früher als anstössig empfunden hätte – Arbeiter entlassen, die Konkurrenz ausschalten –, sind längst enttabuisiert und ernten zum Teil sogar Applaus. Die Grenzziehung zwischen fair und unfair scheint sich immer weiter zu verschieben. Dies erkennt man jeweils an den Schlammschichten und Wasserleichen, die an die Oberfläche treten, wenn nach einem längeren Börsenboom der Liquiditätspegel auf den Finanzmärkten wieder sinkt.

Vor einem Jahr wurde bekannt, dass ein Angestellter der französischen Bank Société Générale 4,9 Milliarden Euro verspekuliert hatte. Und jüngst erschütterte die Wall Street ein Betrugsfall, in dem es sogar um 50 Milliarden Dollar geht: Bernard Madoff, vormaliger Verwaltungsratsvorsitzender der Technologie-Börse Nasdaq, schwatzte als Anlageberater seinen Kunden (in der Regel Hedge-Fonds) angeblich hoch rentable Anlagen auf. Die Renditen finanzierte er nicht über Anlageerträge, sondern mit den Einlagen neu gewonnener Kunden.

Diese Methode war vor achtzig Jahren erstmals von einem gewissen Charles Ponzi angewendet worden. Das «Ponzi-System» funktioniert leichter, wenn die Börse boomt. Dann kann im Prinzip auch jedermann legal mit geliehenem Geld Aktien kaufen und sie später wieder

verkaufen, die Anleihe zurückzahlen und den Gewinn einstreichen. Wären die amerikanischen Finanzmärkte nicht kollabiert, so hätte Madoff sein Spiel ungestört und ohne Kratzer in seinem Renommee fortsetzen können.

Auch die amerikanische Immobilienkrise, die die Lawine auf den Finanzmärkten auslöste, funktio-

Je riskanter die toxischen Beilagen, desto höher die versprochenen Renditen.

nierte nach dem «Ponzi-System»: Solange die Immobilienpreise stiegen, vergaben amerikanische Banken Hypotheken, ohne die Kreditwürdigkeit der Kunden zu überprüfen. Die Immobilien konnten ja, so meinte man, schlimmstenfalls mit Gewinn verkauft werden.

Ausserdem sicherten sich die Banken raffiniert gegen mögliche Verluste ab: Sie schnürten ihre Schuldtitel, nach Risiken abgestuft, mit anderen Titeln zu «derivativen Produkten» zusammen – etwa so, wie wenn man in eine Lasagne, zwischen die Teig-, Tomaten- und Fleischschichten, eine kleine Portion Giftmüll hineinmischt – und trieben damit Handel. Je riskanter die toxischen Beilagen, desto höher die versprochenen Renditen. Grosse Investmenthäuser und Hedge-Fonds waren dankbare Abnehmer.

Da sie die Risiken auf so elegante Weise abwälzen konnten, sahen sich die Banken dazu ermuntert, auch Kunden der Kategorie «Ninja» (no income, no job or asset – kein Einkommen, kein Job, kein Vermögen) anzuwerben. Als die US-Zentralbank dann die Zinsen schrittweise um Viertelsprozente erhöhte, begann sich die Spirale der Zahlungsunfähigkeit zu drehen. Die

Risikopapiere waren inzwischen weitherum gestreut. Die Machenschaften des Herrn Madoff waren kriminell. Und diejenigen der Hypobanken? Wie soll man als Laie den Unterschied verstehen? Madoff war ein Einzeltäter, doch seine Strategie folgte der Logik der Finanzmärkte.

Die gegenwärtige Krise, heisst es, habe hinsichtlich Umfang und Tiefe sämtliche Auguren überrascht. Weder Nord- noch Südamerika, weder Europa noch Russland noch Ostasien seien von ihr verschont geblieben. Diese Konstellation stelle sämtliche Wirtschaftsflauten seit den Dreissigerjahren in den Schatten. – Überraschung hin oder her, «Le Monde diplomatique» legte bereits im September 2007, noch bevor das amerikanische Immobiliendeckel international ausstrahlte, eine Lageanalyse vor, die darauf schliessen liess, dass die eigentliche Krise – eine Kreditkrise – erst noch bevorstehe und vor Landesgrenzen nicht haltmachen werde.

Für diese Sichtweise gab es gute Gründe: Die Forderung nach klaren Spielregeln für die Finanzmärkte hatte die neoliberale Orthodoxie

Die Forderung nach klaren Spielregeln für die Finanzmärkte hatte die neoliberale Orthodoxie stets erfolgreich zurückgewiesen.

stets erfolgreich zurückgewiesen. Die internationalen Finanzmärkte waren noch nie so eng verflochten und die Ansteckungsgefahr noch nie so hoch wie heute. Während der Ostasienkrise vor zehn Jahren hatte China zum Beispiel seine Finanzmärkte noch kaum geöffnet und blieb deswegen von den Ereignissen weitgehend unberührt. Dieses Mal wird es

auch China treffen. Wie erklärt sich aber die Wucht, mit der die Krise hereinbrach? Die Spekulationsblase platze nicht in Thailand, wie 1997, nicht in Russland, wie 1998, sondern im Herzen einer ökonomischen Weltmacht – einem Land, das sich als Champion des Konsums vom Ausland subventionieren liess und damit die Räder der Wirtschaft weltweit in Schwung hielt. Kommt hinzu, dass wegen des Tricks mit den Schuldtiteln das Ausmass an Intransparenz eine neue Grössenordnung angenommen hatte.

Die donnernden Zusammenbrüche und Beinahe-Zusammenbrüche von Banken wirkten alles andere als beruhigend, und die hektischen staatlichen Rettungsaktionen waren für das neoliberale Credo eine öffentliche, milliarden-schwere Ohrfeige – manche meinen sogar, der Todesstoss. Die Ökonomie schwankt seither hilflos zwischen gegensätzlichen Theorien hin und her, das Vertrauen in ihre Rationalität ist erschüttert.

Menschen sind nicht nur die rationalen Wesen, als die sie in ökonomischen Lehrbüchern erscheinen. «Wir wollen als vernünftig, organisiert, selbstdurchsichtig und originell gelten und sind in Wahrheit unberechenbar, chaotisch, trüb und repetitiv», hat der Philosoph Peter Sloterdijk kürzlich in einem NZZ-Interview formuliert. Und all diesen Tendenzen kommt der Kasinokapitalismus entgegen.

Doch nicht nur die Finanzmärkte und die Ökonomie haben versagt. Auch die Politik, die letztlich für Ordnung und Gemeinwohl zuständig ist, kann sich nicht herausreden: Sie hat sich jahrelang bereitwillig dem Diktat der Finanzmärkte gebeugt. Die viel zu laxen Regeln und die verwinkelten juristischen Schlupflöcher, die das dynamische

Gewebe der Finanzmärkte bietet, stellen ein politisches Problem ersten Ranges dar.

Die Folgen? – Zunächst mag beruhigend wirken, dass die Börse – der Ballon, der die Realwirtschaft nach oben ziehen soll –, wie es heisst, zu 98 Prozent heisse Luft enthielt, die ohnehin nicht in die Realwirtschaft einfluss. Daraus folgt, dass die Schrumpfung des Ballons keine echte Wertvernichtung bedeutet. Das Problem liegt anderswo: Die Regierungen haben bis Ende November nicht weniger als 1500 Milliarden Dollar bereitgestellt, um die Eskalation der Krise einzudämmen. Niemand weiss mit Sicherheit, ob und bis zu welchem Grad diese gigantischen Mittel ihr Ziel erreichen werden. Da es sich mehrheitlich um Steuergelder handelt, besteht die Gefahr einer Umverteilung auf Kosten der sozial Schwachen – eine «himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit», wie der deutsche Philosoph Habermas kürzlich kommentierte.

Einige Länder – Deutschland, Frankreich und England – haben den Banken wenigstens klare Bedingungen gestellt. Deutschland legt eine Obergrenze für Managerlöhne fest und verlangt von den Banken, dass sie die Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen garantieren. Die Schweiz hingegen hat auf nennenswerte Auflagen gegenüber der UBS verzichtet. Dabei ist der Bund bei der Grossbank eingestiegen und hat ihr Kapital aus öffentlichen Mitteln um 6 Milliarden Franken (fast 1000 Franken pro Person) aufgestockt. Und die Nationalbank hat der UBS für weitere 54 Milliarden Risikopapiere abgenommen.

Noch ein Vergleich: Das Prozedere um einen 1999 beschlossenen Schuldenerlass von 117 Milliarden Dollar für die ärmsten Länder dauerte nicht nur ungleich viel länger (noch immer fehlt es an Geld, um das Entschuldungsprogramm abzuschliessen), sondern den betrof-

Da es sich mehrheitlich um Steuergelder handelt, besteht die Gefahr einer Umverteilung auf Kosten der sozial Schwachen.

fenen Ländern wurden auch einschneidende Konditionen auferlegt. Eine davon lautet «gutes Regieren» – «Good Governance». Wieso wird diese Kondition nicht auch an Grossbanken gestellt?

Wichtige Kriterien für einen fairen Wettbewerb wären eigentlich Chancen- und Verfahrensgleichheit. Zwischen dem Ethos der propagierten Ansprüche und der tatsächlichen Wirtschaftspolitik klafft aber eine Lücke. In der Wirtschaftspolitik herrscht anscheinend derselbe tiefe Widerspruch, der sich – auf die harmlosere Domäne des Sports bezogen – aus den Urteilen der Berner Siebtklässler ablesen lässt.

DER AUTOR



Thomas Kesslering ist Privatdozent für Philosophie an der Universität Bern und lehrt an der Pädagogischen Hochschule Bern (Ethik, Multikulturalität, Globalisierung, Ökologie). **Buch zum Thema:** Thomas Kesslering: Ethik der Entwicklungspolitik. Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung. C. H. Beck, München 2003. 323 S., Fr. 18.90.